

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Tschad: Schlagabtausch mit Libyen im Sicherheitsrat — Ratspräsidentin Kirkpatrick und der Konsens (28)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1982 S. 21 fort.)

Nicht mehr nur regionale, sondern durch das amerikanische (und französische) Eingreifen auch globale Aspekte hat der Konflikt im Tschad in den letzten Wochen erhalten. Idealtypisch stehen die Auseinandersetzungen in dem zentralafrikanischen Staat aber keineswegs für den Ost-West-Gegensatz, sondern vielmehr für die Spätfolgen des Kolonialismus, die sich hier besonders bizarr und blutig auswirken. Zwei Konfliktbereiche gehen dabei ineinander über: Zum einen ein alter Grenzstreit mit Libyen, zum anderen ein mit massiver ausländischer Beteiligung ablaufender innenpolitischer Machtkampf zwischen dem (von Libyen geförderten) einstigen Chef der Koalitionsregierung, Goukouni Weddeye, und dem (von den USA unterstützten) jetzigen Machthaber Hissen Habré. Auf ein Mandat der tschadischen Bevölkerung kann weder Weddeye noch Habré verweisen.

I. Mehr die sozusagen traditionell-zwischenstaatliche Seite der Konfliktlage stand Ende März und Anfang April im Vordergrund der Debatte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Mitte März hatte die gegenwärtige Regierung des Tschad die Einberufung dieses Gremiums beantragt. Nach ihrer Darstellung hält Libyen schon seit 1973 ca. 150 000 Quadratkilometer im nördlichen Tschad besetzt. Libyen intensiviere zudem militärische Angriffe, um die besetzte Zone zwischen dem 20. und 24. Grad nördlicher Breite noch zu erweitern und ihre strategisch wichtigen Mineralvorkommen (u.a. Uran, Wolfram, Kupfer und Gold) auszubeuten. Libyen schüre auch interne Unruhen im Tschad, um eine ihm genehme Regierung einzusetzen. Im Namen des tschadischen Präsidenten Habré wurde verlangt, der Sicherheitsrat solle Libyen auffordern, die illegale Besetzung des nördlichen Tschad zu beenden.

Die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija bestritt diese Behauptungen vor dem Weltforum. Die Dschamahirija okkupiere kein fremdes Gebiet; sie werde aber auch keinen Zoll ihres Territoriums aufgeben. Der umstrittene Aouzou-Sektor sei stets Bestandteil von Libyen gewesen. Seine Bewohner seien Libyer und dementsprechend auch im libyschen Parlament, dem Allgemeinen Volkskongress, vertreten. Libyen bedauere allerdings, daß nach der Unabhängigkeit des Tschad im Jahre 1960 nunmehr wiederum Rebellen die Hauptstadt N'Djamena (das frühere Fort Lamy) besetzt hielten und die legitime Regierung des Goukouni Weddeye in die Nordprovinzen vertrieben hätten. Diese Auseinandersetzung sei überdies vor dem

Sicherheitsrat am falschen Orte; die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) behandle dieses Thema schon.

Der Tschad nahm in einem qualitativ hervorragenden Rechtsgutachten Stellung zu den Grenzkonflikten: Libyen berufe sich bei seinen territorialen Ansprüchen auf den Laval-Mussolini-Vertrag aus dem Jahre 1935, der die zwischen den damaligen Kolonialmächten Frankreich und England in den Jahren 1899 und 1919 gezogenen Grenzen im Sinne der heutigen libyschen Interpretation verändern sollte. Dieser Vertrag könne jedoch keine Gültigkeit beanspruchen, da er zum einen weder ratifiziert worden sei, zum anderen aber die seine Geschäftsgrundlage bildende Bedingung — eine Vereinbarung der damaligen Parteien über die Zukunft Tunesiens — nie eingetreten sei. In einem Freundschaftsvertrag zwischen Libyen und Frankreich aus dem Jahr 1955 seien die heute vom Tschad beanspruchten Grenzen verbindlich nochmals bestätigt worden.

Demgegenüber vertrat Libyen vor dem Sicherheitsrat die Auffassung, daß der Freundschaftsvertrag des Jahres 1955 ungültig sei, da zu diesem Zeitpunkt noch amerikanische und britische Militärbasen auf libyschem Boden bestanden. Bei den Auseinandersetzungen in der Provinz Tibesti habe es sich immer nur um begrenzte Polizeiaktionen Libyens gehandelt. Die heutige Regierung des Tschad werde zudem von der OAU nicht anerkannt. Libyen sei dennoch handlungsbereit.

II. Im Sicherheitsrat fand sich für die Argumentation Libyens nur geringe Unterstützung. Bis auf den Demokratischen Jemen sprach sich kein Diskussionssteilnehmer ausdrücklich für den libyschen Anspruch aus. Auch die Befürworter der libyschen Politik plädierten wie die Mehrheit der afrikanischen Staaten für eine Verhandlungslösung unter dem Dach der OAU. Frankreich forderte als ehemalige ›Verwaltungsmacht‹ diesen Konflikt dem Internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung im Sicherheitsrat kam es zum Schluß der Tschad-Debatte, als die Ratspräsidentin für den Monat April, die Amerikanerin Kirkpatrick, im Anschluß an die Erklärung im Namen aller Mitglieder des Rates (Text: VN3/1983 S.100) noch die ursprünglich in einem Resolutionsentwurf des Tschad enthaltene Ziffer 5 verkündete: Danach bleibe der Sicherheitsrat »mit der Frage befaßt und wird die Situation erörtern, wenn sich dies als notwendig erweist«. Als der sowjetische Vertreter darauf hinwies, daß dieser Passus nicht von der Ratsmehrheit getragen werde, wies Frau Kirkpatrick darauf hin, daß sie diese Äußerung in ihrer Funktion als Präsidentin des Sicherheitsrats getan habe. Der libysche Delegierte bemerkte dazu, daß er eine solche Mißachtung der Aufgaben des Ratspräsidenten von einem Vertreter Amerikas erwartet habe. *Peter H. Rabe* □

Mittelamerika: Zwei Nicaragua-Debatten im Sicherheitsrat — Langsamer Fortschritt auf dem Wege zu Verhandlungen, aber keine Aufgabe festgeschriebener Positionen (29)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1982 S.139 fort.)

I. Die Bilanz der beiden Nicaragua-Debatten dieses Frühjahrs, die im Sicherheitsrat (23.–29.3. und 9.–19.5.1983) stattfanden, ist besser als die der letztjährigen Beschäftigung des Rates mit der Krisenzone Mittelamerika: Während die erste Zusammenkunft im April 1982 mit einem Veto der Vereinigten Staaten gegen den Resolutionsentwurf S/14941 (Text: VN 4/1982 S.147) endete, kam es nunmehr zur Entschließung 530(1983) des Sicherheitsrats; ein von neun blockfreien Staaten eingebrachter Entwurf wurde am 19. Mai einstimmig angenommen (Text: VN 3/1983 S.100). Um dieses Ergebnis wurde hart gerungen: In 15 Sitzungen des Rates, die zum Teil ungewöhnlich kontrovers verliefen, gab es zu diesem Thema rund 100 Redebeiträge.

Seit der Mittelamerika-Debatte des Jahres 1982 hat sich die Lage beständig verschärft. Nicaragua warf vor allem den USA und Honduras eine gezielte Eskalation der Einmischung in seine internen Angelegenheiten vor. Allein im Januar 1983 seien 16 militärische Angriffe gegen nicaraguanische Zivilisten und Einrichtungen von honduranischem Territorium aus unternommen worden. In diesem Zeitraum hätten konterrevolutionäre Einheiten (»Somoza-Söldner«), die vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert und ausgebildet würden, mit Duldung und Unterstützung der honduranischen Behörden 46 Nicaraguaner ermordet, 20 verwundet und 67 Personen verschleppt. Es bestünden konkrete Hinweise, daß die im Grenzgebiet zu Nicaragua stationierten honduranischen Militäreinheiten einen bewaffneten Angriff auf Nicaragua beabsichtigten. Die Sandinisten fürchteten keinesfalls die rund 2 500 Söldner; es müsse aber befürchtet werden, daß Honduras und die dahinter stehenden USA die nicaraguanischen Selbstverteidigungsanstrengungen zum Vorwand für eine Invasion nähmen.

II. Der Sicherheitsrat trat zunächst am 23. März 1983 zusammen. In den acht Sitzungen bis zum 29. März, die zum Teil durch scharfe Kontroversen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gekennzeichnet waren, ergab sich dabei folgendes Bild.

Honduras bestritt jegliche Angriffspläne gegen Nicaragua. Zwar seien die Spannungen in der Region nicht abzuleugnen; diese seien aber das Resultat interner Probleme in Nicaragua. Es befänden sich über 35 000 Flüchtlinge in Honduras, die zum großen Teil aus Nicaragua geflüchtet seien. Die honduranische Regierung habe den Sandinisten wiederholt Friedensverhandlungen und Inspektionen der grenznahen Regionen angeboten, diese Vorschläge seien jedoch unbeantwortet geblieben.

Diese Darstellung wurde auch von der US-Botschafterin Kirkpatrick vorgetragen und dahingehend ergänzt, daß Nicaragua nur deshalb den Sicherheitsrat einschalte, »um Hilfe gegen des eigene Volk zu erbitten«. Sie wiederholte die schon 1982 vorgebrachten

Angriffe gegen die »drei Mythen Nicaraguas«:

- Den Mythos »demokratische Revolution« hätten die Sandinisten durch Enteignungen, Pressezensur, Vertreibung von Dissidenten und durch Menschenrechtsverletzungen selbst zerstört.
- Die Aufrüstung Nicaraguas sei heute doppelt so hoch wie zu Somozas Zeiten; das Aggressionspotential sei weiter durch die Anwesenheit von 2 000 Kubanern und beständige Anlieferung von osteuropäischen Waffen gewachsen.
- Zudem destabilisiere Nicaragua die Region durch Waffenlieferungen nach El Salvador, indem honduranisches Territorium für Waffentransporte mißbraucht werde.

Demgegenüber zogen Kuba, Libyen und die Sowjetunion eine historische Parallele zwischen der heutigen Lage in Zentralamerika und der Situation Kubas im Jahre 1961, unmittelbar vor der Invasion in der Schweinebucht. Die Intervention der USA sei auch heute offensichtlich völkerrechtswidrig. In der Vergangenheit hätten die Vereinigten Staaten insgesamt 81mal gegen zehn lateinamerikanische Staaten Gewalt angewandt. Nunmehr müsse der Sicherheitsrat die USA und ihre Marionettenregierungen auffordern, die Aggressionsakte gegen Nicaragua zu beenden. Der sowjetische Vertreter warf Washington vor, einen nicht erklärten Krieg gegen das nicaraguanische Volk und seine Vertreter zu führen.

Die lateinamerikanischen Staaten nahmen in der darauffolgenden hitzigen Debatte zwischen den beiden Supermächten eine vermittelnde Rolle ein. Zwar ließen insbesondere Panama und Mexiko keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie die US-amerikanischen Destabilisierungsversuche gegenüber Nicaragua verurteilen. Sie drängten jedoch einmütig auf die in der »Contadora-Erklärung« vom 9. Januar 1983 vorgeschlagenen Verhandlungspunkte. Auf der Insel Contadora hatten die Außenminister Mexikos, Kolumbiens, Panamas und Venezuelas an alle Staaten Zentralamerikas appelliert, unter ihrer Vermittlung Verhandlungen und Gespräche zur Entspannung einzugehen und eine Basis dauernder friedlicher Koexistenz und gegenseitigen Respekts zu begründen. Mexiko erinnerte noch daran, daß die Duldung der Infiltration der Söldner von Honduras nach Nicaragua gegen die Resolution 2625 (XXV) der Generalversammlung (Text: VN 4/1978 S. 138 ff.) verstößt.

III. Demgegenüber verlief der zweite Teil der Mittelamerika-Debatte des Rates vom 9. bis zum 19. Mai 1983 — trotz der zwischenzeitlichen Intensivierung der Übergriffe der als »Contras« bekannten Gegner der sandinistischen Regierung, deren Attentate auf Zivilisten auch zur Ermordung des deutschen Arztes Pflaum geführt hatten — in vergleichsweise sachlicher Atmosphäre. Dies ist sicher zurückzuführen auf die wachsende Unterstützung für die Bemühungen der Contadora-Gruppe. Dennoch blieben die Positionen der unmittelbaren Konfliktparteien unvereinbar.

Honduras wies darauf hin, daß auf seinen Seiten Nicaraguas eine Mobilisierungszahl von 200 000 Bewaffneten, d. h. von insgesamt 10 vH der nicaraguanischen Bevölkerung, angestrebt werde. Diese würden zudem noch von etwa 6 000 ausländischen Militärexperten

unterstützt und den nur unzulänglich ausgerüsteten, zahlenmäßig geringen honduranischen Truppen entgegengesetzt.

Nicaragua hatte Anlaß, auf die gerade anlaufenden Frühlingsoffensiven der Contras mit ihren wahllosen blutigen Überfällen hinzuweisen. Außenminister d'Escoto Brockmann betonte nochmals seine Bereitschaft zu bilateralen Gesprächen mit Honduras, da Nicaragua durch die USA von honduranischem Territorium aus angegriffen werde.

Die Versuche von Honduras, das regionale Streitschlichtungsinstrumentarium der Organisation Amerikanischer Staaten heranzuziehen, stießen wie schon im letzten Jahr auf Ablehnung durch Nicaragua. Dieses betonte nochmals, daß Washington durch Nichtbestreiten die Finanzierung der Contras zugestanden habe.

Die westeuropäischen Staaten drängten ebenfalls auf eine Verhandlungslösung nach dem Contadora-Vorschlag. Ergänzend schlugen Frankreich und Großbritannien die Einschaltung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vor. Für die Bundesrepublik Deutschland trug ihr Ständiger Vertreter van Well vor, jetzt bestehe Hoffnung, daß Nicaragua das Angebot einer Konferenz aller Staaten der Region aufgreife.

IV. Die Resolution 530 vom 19. Mai stellt sicher nur einen Minimalkonsens dar. Gleichwohl nahm Nicaragua die einstimmige Annahme als diplomatischen Erfolg und als ein Schuldanerkenntnis der USA auf, da der dritte Absatz der Präambel die Kriegsgefahr zwischen Honduras und Nicaragua ausdrücklich zur Kenntnis nimmt und die Verantwortlichkeit dafür offenlege. Das veranlaßte den US-Vertreter, Nicaraguas Fehlinterpretationen als einen Versuch zu bezeichnen, die amerikanische Geduld und Toleranz auf die Probe zu stellen.

Jenseits aller Rhetorik zeichnet sich aber die Möglichkeit einer Verhandlungslösung auf der Basis der Contadora-Vorschläge ab. Das setzt allerdings voraus, daß dieser mühsam erzielte Kompromiß nicht durch einseitige Drohgebärden und Schlimmeres gegenstandslos wird. *Peter H. Rabe* □

Wirtschaft und Entwicklung

»InterAction«: Neuartige Initiative zur Förderung von Weltfrieden und Entwicklung — Gremium ehemaliger Staats- und Regierungschefs unter Vorsitz von Kurt Waldheim — Konkrete Vorschläge für 1984 erwartet (30)

Zwänge weltweiter Interdependenz

In der Wiener Hofburg wurde am 9. März 1983 eine neue internationale Initiative ins Leben gerufen, die in der Folge den Namen »Aktionsrat ehemaliger Regierungschefs für internationale Zusammenarbeit — InterAction« (InterAction Council of former Heads of Government) erhielt. Einberufen vom ehemaligen japanischen Regierungschef Takeo Fukuda in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Globalen Parlamentarierausschusses für Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen sowie von Bradford Morse, dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), nahmen bei der Gründungssitzung dieser Initiative noch fünf weitere Staatsmänner teil: Manea Manescu, Vor-

sitzender des Ministerrats Rumäniens von 1974 bis 1979, Hédi Nouira, Premierminister Tunesiens von 1970 bis 1980, Misael Pastana Borrero, Präsident Kolumbiens von 1970 bis 1974, Léopold Sédar Senghor, Präsident des Senegal von 1960 bis 1980, und Kurt Waldheim, Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1972 bis 1981, der von der Gruppe zum Vorsitzenden des Aktionsrats bestimmt wurde. Helmut Schmidt, von 1974 bis 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, konnte an dem Treffen aufgrund anderer dringender Verpflichtungen nicht teilnehmen, erklärte sich aber vollinhaltlich mit dem am Ende der Wiener Tagung verabschiedeten Kommuniqué einverstanden und stimmte zu, die neue Initiative als Gründungsmitglied mitzutragen.

In diesem Kommuniqué brachten die Staatsmänner ihre tiefe Sorge über die gegenwärtige Situation der Welt zum Ausdruck wie auch über die künftige Entwicklung der Weltpolitik, sollten keine wirksamen Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Förderung des Weltfriedens und der Entwicklung getroffen werden. Um daraus resultierenden potentiellen Gefahren entgegenzusteuern, beschlossen die in Wien versammelten Persönlichkeiten, noch im Jahre 1983 eine Gruppe von 20 bis 25 führenden Staatsmännern, die alle einmal in ihrem Lande höchste Verantwortung für die Regierungspolitik getragen haben, einzuberufen und als Aktionsrat zu konstituieren, um den Dialog über Fragen der Entwicklung und des Friedens auf höchster Ebene zu intensivieren, konkrete und praktikable Lösungsvorschläge zu den wichtigsten Problemen, denen die Menschheit heute gegenübersteht, herauszuarbeiten und ihre umgehende praktische Umsetzung voranzutreiben. Die aus der Initiative erwachsenden Vorschläge, die die Zwänge weltweiter Interdependenz voll in Rechnung stellen werden, sollen dann durch Missionen ausgewählter Mitglieder des Rates den Entscheidungsträgern in führenden Ländern von Nord und Süd sowie Ost und West direkt unterbreitet werden. Dies soll nicht nur durch Kontakte mit gegenwärtigen Regierungschefs geschehen, sondern vor allem auch durch gezielte Gespräche mit und Präsentationen vor einflußreichen Regierungsmitgliedern und -beamten, Parlamentariern, Vertretern der Medien, des Handels, der Wirtschaft und der Industrie, Gewerkschaftern und Repräsentanten nichtstaatlicher Organisationen. Es ist von vornherein klar, daß die aus diesem Vorgehen resultierenden Vorschläge Maßnahmen auf nationaler Ebene nicht ersetzen können und sollen, sondern allein auf den Nutzen abstellen werden, der allen Staaten aus verstärkter internationaler Kooperation in den ausgewählten Kernbereichen zugute kommen kann.

Der Aktionsrat wird dann etwa halbjährlich zusammentreten, um das Ergebnis seiner Bemühungen zu begutachten und eventuelle Anpassungen in seiner Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Dieser flexible Ansatz soll es ihm erlauben, auf neue Entwicklungen relativ schnell zu reagieren und gegebenenfalls früheren Vorschlägen und Initiativen neuerlich Nachdruck zu verleihen.

Innovativer Ansatz

Dieser eben skizzierte Ansatz unterscheidet sich wesentlich von dem zahlreicher anderer Bemühungen, die im Verlauf der letzten Jahr-